

[Vorwort]

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften spielen in der Verwirklichung der europäischen und nationalen Strategien von eGovernment eine grundlegende Rolle, insbesondere was die Forcierung einer gerechten Informationsgesellschaft für alle unsere Bürger angeht. Das ist der Grund, warum der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) mit unserem Expertennetzwerk, ELANET, zusammenarbeitet, um diese Agenda voranzubringen. Und das ist der Grund, warum die Konferenz zur Europäischen Informationsgesellschaft (EISCO) eine so bedeutende Rolle spielt - als Rückblick auf aktuelle Entwicklungen, zum Informationsaustausch und als Ausblick auf neue Herausforderungen und Gelegenheiten.

Die diesjährige 5. EISCO-Konferenz („i2010: Neue Horizonte, Neue Aufgaben für die lokalen und regionalen Regierungen“ siehe unter www.eisco2005.org) fand in Krakau/ Polen, organisiert von der Region Malopolska, statt. Mehr als 350 Delegierte aus 23 Ländern kamen zusammen - Vertreter der Regional- und Kommunalverwaltungen, Universitäten, ICT-Unternehmen und andere e-Government Experten.

Aus der Sicht des RGRE ist ohne Zweifel eines der wichtigsten Ergebnisse der Konferenz die Annahme der Krakauer Erklärung über die Kommunale Agenda i2010 und die Förderung der digitalen Solidarität. Die **Kommunale Agenda i2010** ist ein strategisches Dokument, welches sich an europäische lokale

Administrationen und Innovatoren richtet. In zehn Zielen komprimiert die Agenda die notwendigen Schritte für die kommenden fünf Jahre und ist bewusst konzipiert als flexibles Instrument für lokale Massnahmen. Die **Kommunale Agenda i2010** ist die politische Antwort der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas auf die Herausforderung, die Informationsgesellschaft voranzutreiben und sicherzustellen, dass die Anwendung von ICT dem realen und praktischen Nutzen aller unserer Bürger dient.

Die **Kommunale Agenda i2010** ist ausserdem eine wichtige Reaktion auf die digitalen Entwicklungsrückstände innerhalb unserer eigenen Regionen und weltweit. Die **Kommunale Agenda i2010** unterstützt die Digitale Solidaritätsinitiative der Vereinten Nationen und betont die Notwendigkeit, die Rolle der lokalen und regionalen Regierungen bei der Reduzierung dieses Entwicklungsrückstandes anzuerkennen.

Um das Potential von ICT voll nutzen zu können, bedarf es politischer Führung, Kooperation, Partnerschaft und eine ausgeglichene Annäherung an Innovation und Inklusion. Die **Kommunale Agenda i2010** macht einen grundsätzlichen Schritt in diese Richtung.

Jeremy Smith
Generaldirektor, CEMR

Die **Kommunale Agenda i2010** ist ein politisches Instrument, um die auf ICT basierten Innovationen und Forschungsergebnisse umzuwandeln in eine tragende Kraft für Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze in allen Regionen Europas. Sie ist das Resultat von Diskussionen in verschiedenen Foren, welche im Rahmen der EISCO 2005 Konferenz zusammengeführt wurden.

Unser Anliegen ist, gemeinsame Ziele zu definieren, die den lokalen Entscheidungsträgern bei der Konkretisierung ihrer Pläne und ihrer Prioritäten im Rahmen der Implementierung der Lissabon Agenda helfen sollen. Die **Kommunale Agenda i2010** hofft beizutragen zu überzeugenden Innovationsprozessen, basierend auf öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) und der Nutzung von ICT. Es ist der Versuch, ein Programm mit zehn Zielen festzulegen, um die gegenwärtigen Probleme bezüglich der Entwicklung der Informationsgesellschaft auf lokaler Ebene anzugehen.

Die grösste Herausforderung ist der Aufbau digitaler Ökosysteme, in der der Wissensaustausch zu einem wichtigen Kapital wird für lokale Netzwerke bei der Modernisierung der öffentlichen Dienstleistungen und ihrer Verwaltungen einerseits, sowie der lokalen Wirtschaft andererseits, insbesondere was die Mitwirkung von Klein- und Mittelunternehmen angeht. Ziel eines jeden digitalen Ökosystem wird es dann sein, die Konkurrenzfähigkeit ihrer Region auf dem globalen Markt zu verbessern. Die einstimmig angenommene Vorstellung der EISCO 2005 Delegation ist es, dass dies nur gelingen kann durch einen koordinierten Konsultationsprozess aller Akteure.

Was eGovernment angeht, so befand die Konferenz, dass der Mangel an koordinierter regionaler Planung und die dürftige Bereitstellung von Online-Dienstleistungen über organisatorische und geographische Grenzen hinweg ein ernstes Hinderniss bleiben. Ausserdem ist es nötig, das Bewusstsein von Bediensteten der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Führungskräfte auf Hinsicht der Möglichkeiten von

ICT zu verbessern. Gemeinsame Investitionen in die digitale Sicherheit sowie gemeinsame Dienstleistungszentren sind jetzt kritisch, um die Kosten von eGovernment und von sozialer Eingliederung zu reduzieren.

eGovernment muss dringend über eine einfache elektronische Nachbildung konventioneller administrativer Vorgänge hinausgehen und einen innerbetrieblichen Strukturwandel ermöglichen, der Einsparungen sowie die Bereitstellungen von Dienstleistungen online zu jeder Tages- und Nachtzeit mit sich bringt. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Notwendigkeit, die Bürger in die lokalen Entscheidungsprozesse durch ICT verstärkt einzubringen.

Obwohl es ermutigend ist, dass es in allen digitalen Kernbereichen - eGovernment, eBusiness, eLearning und eHealth etwa - bewährte Vorgehensweisen in ganz Europa gibt, so ist es nach Ansicht von EISCO nun höchste Zeit, dass diese Anwendungen und Dienstleistungen möglichst weitflächig und einheitlich in allen lokalen und regionalen Gebieten Europas aufgegriffen werden. Sobald digitale Dienstleistungen einfach, benutzerfreundlich, sicher und lückenlos werden, wird sich die Nachfrage von selbst erhöhen, welches wiederum dazu beitragen würde, Europas führende globale Position bis zum Ende des Jahrzehnts auszubauen.

Wir hoffen, dass die lokalen Politiker und Investoren diesen Ansatz teilen und die Ziele der **Kommunalen Agenda i2010** in ihrer Planung und ihren Tätigkeiten miteinbeziehen.

Javier Ossandon
Präsident, ELANET



[Einleitung]

Wir, die Vertreter der Regional- und Kommunalverwaltungen, Universitäten, ICT-Unternehmen und Experten, die im eGovernment und in Unternehmen der Bereitstellung digitaler kommunaler Dienstleistungen tätig sind, haben uns vom 2. bis zum 4. Juni 2005 in Krakau (Polen), als Gast der Region „Malopolska“, zusammengesetzt. Ziel war es, das neue Szenario und die vor den europäischen Regional- und Kommunalverwaltungen stehenden Aufgaben zu diskutieren. Damit soll näher an die Informationsgesellschaft heran gerückt und die Anforderungen der Agenda i2010 besprochen werden (eEurope).

Wir haben die unterschiedlichen digitalen Entwicklungsstände innerhalb unserer Regionen sowie die zwischen den weiter und den weniger entwickelten Ländern analysiert und über die vorgesehenen Schwerpunkte („Solidarity Agenda“) des „2. Spitzentreffens der Städte und Kommunalverwaltungen der Welt“ (II. World Summit of Cities and Local Governments) debattiert. Dieses Treffen wird im kommenden November in Bilbao statt finden, noch vor dem „UN Gipfeltreffen über die Informationsgesellschaft“ (United Nations Summit on the Information Society) in Tunesien.

Das Hauptanliegen unserer Regional- und Kommunalverwaltungen ist sicher zu stellen, dass die Informations- und Kommunikationstechnologien einen praktischen Nutzen für alle Menschen bringen. Außerdem ist die flächendeckende Verfügbarkeit digitaler Dienstleistungen sehr wichtig, denn durch eine unterschiedliche Verfügbarkeit dieser Technologien können vorhandene soziale Abstufungen unter Umständen sogar noch verstärkt werden. Gerade die soziale Eingliederung und die Kooperation sind es, die Europa einzigartig machen

und es von anderen Teilen der Welt, die mit Europa auf dem Weltmarkt konkurrieren, abheben.

Uns ist klar, dass Europa, mit Ausnahme einiger Länder, bei der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien auf öffentlichem und privatem Gebiet noch immer hinterher hinkt. Regionen anderer Länder, nicht nur in den USA oder in Japan, haben schnelle und bedeutende Fortschritte in der Digitalen Wirtschaft gemacht, wodurch sie ihre Konkurrenzfähigkeit weltweit und ihre Anziehungskraft für Investoren verbessern konnten. In diesem Zusammenhang kommt die von der Europäischen Kommission in Gang gesetzte Initiative i2010 grade rechtzeitig. Sie will die mangelnde Konkurrenzfähigkeit Europas ausgleichen und eine weltweite Führungsposition zum Ende dieses Jahrzehnts sichern. Dieses Vorhaben erfordert eine zielgerichtete und enge Mitarbeit des öffentlichen und des privaten Sektors, um diese Aufgabe in Zukunft strategisch effektiv angehen zu können. Das ist letztendlich für jeden von Vorteil.

Es ist natürlich nicht einfach, in fünf Jahren die Investitionen der Europäischen Union auf dem Gebiet „Forschung und Innovation“ auf 3 % des BIP der EU zu steigern, was einer Verdoppelung des jetzigen Niveaus entsprechen würde. Auch für den privaten Sektor wird es nicht einfach, die entsprechenden Investitionsmittel um mindestens 30 % anzuheben. Sollten diese Zielvorgaben allerdings erreicht werden, wären die positiven Auswirkungen auf unsere Gebiete enorm. Um einen höchstmöglichen Ertrag aus diesen Investitionen zu erzielen, müssen erste Erkenntnisse schnell weitergeleitet werden und in konkreten, neuen Produkten und Dienstleistungen Anwendung finden. Aus unserer regionalen und kommunalen

Sicht kann Europa diese Ziele nur erreichen, wenn es zu einer diesbezüglichen Förderung der Europäischen Einwohnerschaft und der lokal ansässigen Wirtschaft kommt und wenn es gleichzeitig zu einer Aufwertung der territorialen Identität sowie einer Stärkung des politischen und sozialen Zusammenhalts auf unserem Kontinent führt. Dafür bedarf es allerdings sorgfältiger Planung und verantwortlicher politischer Entscheidungen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene.



Herausforderungen und Prinzipien

Die Konferenz betont die Bedeutung um das Wissen der künftigen Anforderungen, damit die Kommunal- und Regionalverwaltungen die richtigen politischen und operativen Maßnahmen ergreifen und die richtigen Entscheidungen fällen können. Nur so kann die **Kommunale Agenda i2010** erfolgreich umgesetzt werden. Die Gemeinden, Landkreise, Provinzen und Regionen können eine Menge tun, um die bestmöglichen Gegebenheiten für solch einen Prozess zu schaffen. Die **Kommunale Agenda i2010** soll:

- a) bekräftigen, dass das Subsidiaritäts-Prinzip als Hauptrichtlinie gilt, um die Agenda i2010 umzusetzen. Außerdem sollen Partnerschaften zwischen den verschiedenen Organen der Regierung für diesen Zweck unterstützt und gefestigt werden;
- b) die Maßnahmen der Agenda an die Gegebenheiten und Umstände jedes einzelnen Gebietes anpassen, um bestmögliche Resultate zu erhalten (gezielte Planung);
- c) vernetzte Dienstleistungen auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene als das Schlüsselement für schnelle Entwicklung des eGovernments in Europa hervorheben. Weiterhin soll die kommunale Wirtschaft dynamischer gestaltet und neue Arbeitsplätze geschaffen werden;
- d) dauerhafte öffentlich-private Partnerschaften mit einem gut durchstrukturierten Umsetzungsplan und effektiver Koordination zwischen den vor Ort tätigen öffentlichen Behörden fördern;
- e) die Aufgaben und Ziele, die bis 2010 erreicht werden sollen, beschreiben. Ferner sollen Indikatoren, durch die man die Leistungsfähigkeit in den Gebieten und die Auswirkungen auf die Gebiete erfassen kann, eingeführt werden. Hierbei sind natürlich die jeweiligen Identitäten und Eigentümlichkeiten jedes einzelnen Gebietes zu berücksichtigen.

Zu diesem Zweck haben die Teilnehmer der Konferenz die Bedeutung folgender Dinge herausgestellt:

- a) Sicherstellung des Breitbandzugangs unabhängig von der technologischen Lösung in sämtlichen Gebieten und Bereichen; vor allem aber in Schulen, Einrichtungen des Gesundheitswesens, kommunalen und regionalen Regierungsgebäuden sowie in öffentlichen Räumen, die für Bürger und Unternehmen zugänglich sind;
- b) Stärkung der kommunaler und regionaler Behörden in ihrer Rolle als Ermöglicher einer garantierten Bereitstellung adäquater und sicherer technologischer Infrastrukturen sowie als Förderer ICT-basierender Inklusiv-Leistungen und -Anwendungen. Dies kann gewährleistet werden durch Unterstützung der regionalen Clusterbildung für Innovation in unseren Gebieten mit dem Ziel, die öffentlichen Behörden zu modernisieren, neue Investitionen zu ermöglichen und die kommunale Entwicklung anzukurbeln. Das Kooperations-Modell, das von der PRELUDE-Initiative entwickelt wurde, war einer der erfolgreichsten Versuche in diese Richtung. Seine Nachahmung in anderen Regionen würde einen großen Nutzen aufweisen.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass es in Europa optimale Verfahren für wichtige digitale Kernbereiche (wie z.B. eGovernment, eBusiness und eCommerce, eHealth, eSecurity und eTransport) zwar fast schon überall gibt, die Implementierung der Ergebnisse bzw. ihre Nachnutzung durch andere Akteure jedoch weiterhin schwach ausgeprägt ist. Die Konferenz beriet über dieses Problem und schnitt einige erste Lösungsvorschläge an:

- a) Die koordinierte regionale Planung ist unzureichend und die Rolle der verschiedenen Akteure, vor allem im öffentlichen Sektor, aufgrund mangelnder Abstimmung nicht immer richtig etabliert. Das Ziel muss daher sein, koordinierte online Dienstleistungen, die organisatorische und geographische Grenzen überwinden, bereit zu stellen. Dieser basiert auf einer vernünftigen Integration von Back- und Front-Offices und dauerhaften Partnerschaften, die öffentliche und private Nutzer mit einbezieht;

- b) Der innerbetriebliche Strukturwandel der Ministerien und der Verwaltungsverfahren, die ICT nutzen, ist ebenfalls unzureichend. Ausnahmen bilden nur einige spezielle Regierungen und Länder. Die Tendenz, einfach nur die konventionellen Vorgänge elektronisch nachzubilden, überwiegt. Das erschafft natürlich nur wenig Innovation oder gar neue Systeme, die einen Strukturwandel hervorbringen könnten, was daher auch nur einen minimalen Wertzuwachs für die Bürger zur Folge hat. Die wichtigste Aufgabe besteht darin, Bedingungen zu schaffen, die wirklich sparen helfen und die die Menschen dazu bringen, in ihrem Umgang mit unseren Verwaltungen elektronische Dienstleistungen auch wirklich in Anspruch zu nehmen.
- c) Es gibt einen beständigen Mangel an Wissen und Erfahrung bei der ICT-Benutzung durch Bedienstete der öffentlichen Verwaltung und öffentlicher Führungskräfte. Es ist daher dringend erforderlich, junges Personal mit guten ICT-Kenntnissen und guter Ausbildung einzustellen, und sie stärker in die neuen Aufgaben einzubinden.
- d) Das Vereinen neuer technologischer Errungenschaften mit organisatorischen Neuerungen und ständiger Aktualisierung der Datenbanken muss Schwerpunkt werden und bedarf der Unterstützung durch gute Machbarkeitsstudien, Monitoring und Kosten-Nutzen-Analysen.
- e) Obwohl es mittlerweile schon erste gute Ergebnisse hinsichtlich sichererer Transaktionen im Internet für autorisierte Benutzer gibt, ist die kurzfristige Politik zum Schutz der privaten Daten der Bürger in öffentlichen Datenbanken unzureichend. Dies ist ohne Zweifel eine wichtige Barriere für öffentliche Verwaltungsmanager in der Entscheidung die Interoperabilität zwischen verschiedenen Systemen und Datenbanken zu erlauben.

Um gegen diese Schwierigkeiten anzukämpfen und um diese Aufgaben, die vor uns liegen, zu lösen, sind die Teilnehmer der Konferenz überein gekommen, die folgenden Ziele als Teil der **Kommunalen Agenda i2010** vorzuschlagen, damit sie in allen europäischen Ländern eingeführt werden können.

Die Krakauer Erklärung

die Kommunale Agenda i2010 in Europa und die Unterstützung der digitalen Solidarität zwischen den Städten der Welt

Kommunale Agenda i2010

ZIEL 1 - UNBEGRENZTER ZUGANG ZU ONLINE-DIENSTLEISTUNGEN

Jede Regional- und Kommunalverwaltung wird größte Anstrengungen unternehmen, um die Politik in den Regionen und Kommunen bei der Schaffung eines Breitbandzugangs zu allen Online-Diensten für jeden Bürger in Europa bis 2010 zu unterstützen. In jeder europäischen Stadt und in jeder Kommunalverwaltung werden öffentliche Accesspoints für Online-Dienste aufgebaut sein. Die Interoperabilität von Systemen und Datenbanken, wie auch die Vernetzung elektronischer Back-Offices mit den Front-Offices der Verwaltung im WorldWideWeb, sollte Priorität haben. Die benötigten finanziellen und personellen Ressourcen werden ab 2006 im Finanzhaushalt eingeplant.

ZIEL 2 - BEWUSSTSEIN UND EINBEZIEHUNG

Jede Regional- und Kommunalverwaltung sollte eine „Info-Kampagne“ zur Einbeziehung der Bürger, KMUs und Gemeinschaftsorganisationen in dieses Ziel starten. Mit der Kampagne sollen allgemein interessierende Fragen beantwortet und der öffentliche Nutzen der Informations- und Kommunikationstechnologie dargestellt werden. Die Notwendigkeit, ein adäquates Training zu erhalten, um Online-Services nutzen zu können, muss hier noch einmal deutlich gemacht werden. Insbesondere Trainingsprogramme für ökonomisch und sozial ausgegrenzte Gruppen werden, auch finanziell, besonders gefördert.

ZIEL 3 - SICHERHEIT UND PRIVATSPHÄRE

Jede Regional- und Kommunalverwaltung wird spezifische Maßnahmen ergreifen, um die persönliche Sicherheit der Bürger zu verbessern und ihre persönlichen Daten in öffentlichen Datenbanken zu schützen. So auch bei der Erbringung von Dienstleistungen, bei der die nicht-autorisierte oder private Nutzung von Daten ausgeschlossen bleibt. Dazu gehört auch, dem Bürger mitzuteilen, welche persönlichen Informationen gespeichert werden müssen und für welche Zwecke dies getan wird.

ZIEL 4 - ePARTICIPATION (eBETEILIGUNG)

Jede Regional- und Kommunalverwaltung sollte digitale Kommunikationssysteme einführen, um jedem Bürger individuell und allen relevanten Interessenvertretern in den Gebietskörperschaften zu ermöglichen, sich aktiv bei den Entscheidungsfindungsprozessen über lokale Probleme, die direkten Einfluss auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen haben, zu beteiligen.

ZIEL 5 - eGOVERNMENT

Jede Regional- und Kommunalverwaltung wird bis 2006 konkrete Schritte unternehmen, um mit anderen Verwaltungen in ihrer Nähe zusammenzuarbeiten. Um dadurch das gesamte Leistungsspektrum der bestehenden Online-Infrastruktur auszunutzen, sollen Online-Dienste im WorldWideWeb, über das Digitale Fernsehen und für Handys bereitgestellt und vernetzt werden. Diese Pläne, verbunden mit dem nationalen eGovernment, korrespondieren mit den Zielsetzungen der



Agenda i2010, indem konkrete und messbare Ziele noch vor Ende des Jahrzehnts erreicht werden sollen. Sichere elektronische Transaktionen zwischen Bürgern und Verwaltungen, exakte Benutzeridentifizierung und digitale Unterschrift bzw. digitaler Fingerabdruck, wie auch Schutz der persönlichen Daten der Bürger, sollten hierbei eine erstrangige Rolle spielen.

ZIEL 6 - DIGITALE WIRTSCHAFTSSYSTEME UND AUSBILDUNGSZENTREN

Jede Regional- und Kommunalverwaltung wird die Erstellung digitaler Wirtschaftssysteme innerhalb ihres Gebietes fördern, um Innovation und Beteiligung lokaler Unternehmen auf dem globalen Markt zu verstärken. Ferner sind eCommerce und andere digitale Geschäftsfelder von Kleinst- und Kleinunternehmen durch entsprechende regionale Kompetenz- und Trainingszentren zu unterstützen.

ZIEL 7 - KONKURRENZFÄHIGKEIT UND ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFT

Jede Regional- und Kommunalverwaltung wird die Konkurrenzfähigkeit und die nachhaltige ökonomische Entwicklung ihrer Region fördern. Dazu sollen sie die Einrichtung regionaler Innovationszentren durch lokale Akteure, Universitäten, Forschungs- und Technologieinstitute, Unternehmen und Verwaltungen unterstützen, um Forschung, Technologie und Innovation zu fördern. Diese Zentren sind auf die Bereiche, die Priorität in der Modernisierung des öffentlichen Sektors haben, ausgerichtet, um neue Dienstleistungen für Bürger und Kommunalverwaltungen bereit zu stellen. Zentren sollten nicht nur dazu aufgebaut werden, um sich mit speziellen Anwendungen auseinander zu setzen, sondern um die sozioökonomischen Zusammenhänge, unter denen sie sich

durch Studien und Unterstützungsaktionen formieren, besser zu verstehen.

ZIEL 8 - OPEN SOURCE¹

Jede Regional- und Kommunalverwaltung wird den Gebrauch von ICT-Systemen und -Anwendungen, die mit einer Open Source-Lizenz entwickelt wurden, berücksichtigen. Anders als die konkreten Einsparergebnisse, die möglicherweise erreicht werden, sollten die Hauptziele dieser abgestimmten Politik die erweiterte Nutzung von Open Source Software und offenen Standards im öffentlichen Sektor sein, um die Interoperabilität des eGovernments national und innerhalb Europas zu verbessern.

ZIEL 9 - AUSBILDUNG VON BEAMTEN/BEDIENSTETEN, BESCHÄFTIGUNG UND GLEICHBERECHTIGUNG

Jede Regional- und Kommunalverwaltung wird eine adäquate Ausbildung ihres Personals in der ordnungsgemäßen Nutzung von Kommunikations- und Informationstechnologien sicherstellen, wie auch Arbeitsmöglichkeiten für angemessen qualifizierte Arbeitskräfte in ihrer Region anbieten.

ZIEL 10 - DIGITALE SOLIDARITÄT

Jede Regional- und Kommunalverwaltung wird alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um an der von der UN unterstützten „Digital Solidarity“-Initiative teilzunehmen. Damit soll den digitalen Unterschieden auf diesem Planeten der Kampf angesagt und allen Ländern und Regionen unbegrenzter Zugang zu den Vorteilen der Informationsgesellschaft ermöglicht werden.

¹ Anwendung im Software-Bereich; Synonym für Quelltexte eines Programms, die jedem zugänglich sind; offene Quelltexte (Anm. d. Übers.)

Die Förderung der digitalen Solidarität

Die EISCO 2005 Konferenz stimmt mit den Zielen des „2. UN Gipfeltreffens der Städte und Kommunalverwaltungen zur Informationsgesellschaft“, präsentiert von der Regionalverwaltung Bilbaos, überein und erklärt sich bereit, folgende Empfehlungen zu formulieren:

a) Dass das UN-Gipfeltreffen über die Prinzipien und Handlungslinien, die in unserer **Kommunalen Agenda i2010** beschrieben sind, diskutiert und sie annimmt.

b) Dass ein Schwerpunkt darauf gelegt wird, eine „Digital Solidarity“-Agenda mit konkreten Initiativen, die wie folgt lauten, ins Leben zu rufen:

- die Verfügbarkeit von Multi-Channelling (WorldWideWeb, Handys, digitales Fernsehen) und Breitband-Zugang wird in jeder Gemeinde innerhalb der nächsten 15 Jahre sichergestellt;
- die Förderung von kostenlosen Internet-Zugängen in Service-Centern und an öffentlichen Stellen wird durch die Verwaltungen abgesichert;
- ein weltweites Datenverzeichnis mit den E-Mail-Adressen aller öffentlichen Verwaltungen wird erstellt;
- Ausbildungen im Bereich ICT sowie zur Informationsgesellschaft, des weiteren auch der Aufbau von effektiven Zentren des Erfahrungsaustausches in regionalen Gebieten für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes verschiedener Länder;
- ein weltweites Austauschprogramm zwischen Kommunalverwaltungen für junge Bedienstete, die in den Verwaltungen bei der Bereitstellung digitaler Dienste für die Bürger arbeiten, sowie ihre Einbeziehung in technologische und inhaltliche Fragen, werden diskutiert;

- es werden Formen des digitalen Erfahrungsaustauschs zwischen weniger gut entwickelten und diesbezüglich etablierten Kommunalverwaltungen und Städten diskutiert;

- die weitere Unterstützung der EU für die thematischen Netzwerke kommunalpolitischer Experten, die bei allgemein interessierenden Problemen zusammen arbeiten, wird besprochen (wie z.B. Umweltverschmutzung, Transport, Drogenmissbrauch, ältere Menschen, Gleichberechtigung);

- der Nutzen von ICT für neue Formen des Austausches der Bürger untereinander und des Dialogs zugunsten eines trans-kulturellen Verständnisses der Menschen, das auf den Erfahrungen und Handlungen von Partner-Städten aufbaut, wird gefördert;

c) Dass die „Globale Digitale Solidaritäts-Stiftung“ (Digital Solidarity Fund) und die „Weltweite Digitale Solidaritäts-Agentur“ (World Digital Solidarity Agency), die auf Grundlage des Masterplans des „Ersten UN-Gipfeltreffens zur Informations-Gesellschaft“ (United Nations first Summit on the Information Society), und zur Vorbereitung auf das Treffen in Bilbao ins Leben gerufen wurden, unter voller Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung eingeführt werden. Wir empfehlen eine anfängliche zweijährige Bindung aller interessierter Verwaltungen und eine intensive Werbekampagne, um die Initiative bekannt zu machen und die Schaffung von Informations- und Bewertungsinstrumenten einzuführen, die einen dauerhaften Nutzungsnachweis der getätigten Investitionen von Städten und Kommunalverwaltungen sicherstellen.



Brussels	Paris
22, rue d'Arlon	15, rue de Richelieu
1050 Brussels	75001 Paris
tel. : + 32 2 511 74 77	tel. : + 33 1 44 50 59 59
fax : + 32 2 511 09 49	fax : + 33 1 44 50 59 60

e-mail : cemr@ccre.org
www.ccre.org



With the financial support of the European Commission.
Sole responsibility lies with the author. The Commission is not responsible for any use
that may be made of the information contained therein



CEMR's partner